



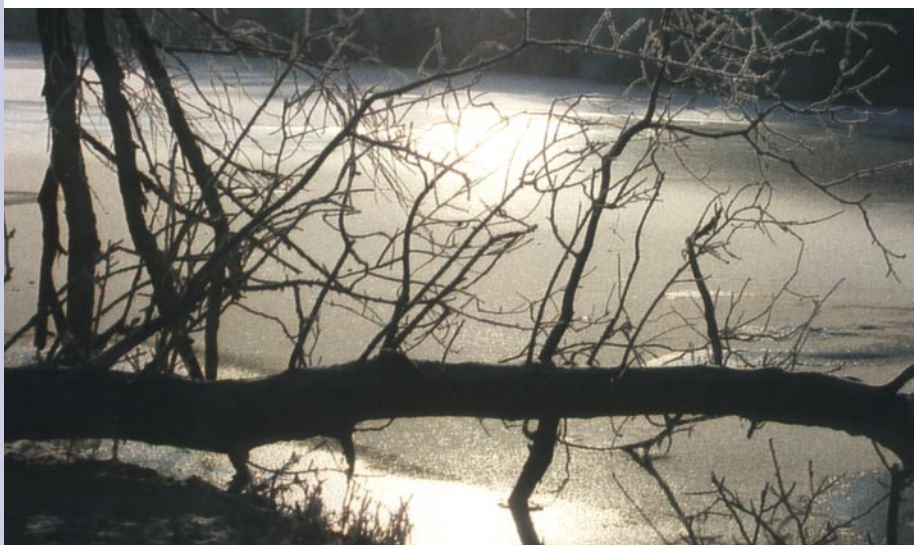
JAHRESBERICHT

2005



IHK

Industrie- und Handelskammer
Frankfurt (Oder)



Inhalt

Standortpolitik		4	Standortpolitik
		5	Rechts- und Steuerpolitik
Starthilfe und Unternehmensförderung		6	Existenzgründungen
		6	Unternehmensbetreuung/Existenzsicherung
		7	Neue Auftragsdienstleistung für den Staat
Aus- und Weiterbildung		8	Ausbildung
		9	Weiterbildung
Innovation Umwelt		10	Innovation
		11	Umwelt
International		12	International
Recht & Fair Play		14	Recht & Fair Play
IHK intern		15	Finanzen
		16	Gremienarbeit

Herausgeber: Industrie- und Handelskammer Frankfurt (Oder)
Puschkinstraße 12 b, 15236 Frankfurt (Oder)
Tel.: (03 35) 56 21-0, Fax: (03 35) 56 21-2 54
E-Mail: info@ihk-ffo.de, Internet: www.ihk-ffo.de

Redaktion: Thomas Herrschelmann, Tel.: (03 35) 56 21-2 38, E-Mail: herrschelmann@ihk-ffo.de

Satz und Layout: Jana Gerlach, Tel.: (03 35) 56 21-3 50, E-Mail: gerlach@ihk-ffo.de



Prof. Dr. Johannes Godau
Präsident



Gundolf Schülke
Hauptgeschäftsführer

Editorial

Liebe Unternehmerin, lieber Unternehmer,

die Globalisierung und ihre Effekte haben längst auch Ostbrandenburg erreicht. Begriffe wie Kommunikationsgesellschaft, Risikogesellschaft, Zivilgesellschaft und viele andere sind in aller Munde. Über die Auswirkungen auf Bürger und Unternehmen wird landauf landab heftig diskutiert. Die genannten gesellschaftlichen Veränderungen und ihre Auswirkungen auf die regionale Wirtschaft waren Grund genug für die IHK Frankfurt (Oder), ihre Vollversammlungsmitglieder und ihre Mitarbeiter, sich mit den angesprochenen Veränderungen auseinanderzusetzen. Die vor über einem Jahr begonnene Strategiediskussion hat nun erste Ergebnisse hervorgebracht.

Eine breite wirtschaftliche Basis ist das Rückgrat für jede Region. Unsere Unternehmer gaben uns bei der Umfrage im Rahmen der Strategiediskussion zu „IHK 2010“ den Auftrag, diese Basis zu verbessern und uns um die Ansiedlung neuer Unternehmen verstärkt zu bemühen. Ein wichtiger Aspekt für Investoren ist die Transparenz der anfallenden Nebenkosten am Standort. Die IHK hat deshalb im vergangenen Jahr einen Abgabenatlas erstellt in dem unternehmensrelevante Kosten Ostbrandenburgs und Berlins miteinander verglichen werden.

Was nützt aber der transparenteste Standort mit guten wirtschaftlichen Bedingungen, wenn niemand davon erfährt. Deshalb hat die IHK ge-

meinsam mit den Mitgliedern ihres Arbeitskreises Medien und Kommunikation im vergangenen Jahr die Idee für einen Imagefilm entwickelt. Mit dem Film sollen Investoren auf die Region neugierig gemacht werden. Gemeinsam mit kompetenten Partnern wird zur Zeit an der Umsetzung gearbeitet. Bereits im Juni 2006 soll der Film fertig sein. Mit diesem Film, der auch den Mitgliedsunternehmen zur Verfügung stehen soll, will die IHK künftig für den Standort Ostbrandenburg werben.

Eine weitere Forderung unserer Unternehmer bei der Entwicklung unserer Strategie war, uns verstärkt mit dem Thema Bürokratieabbau auseinander zu setzen. Auf massiven Druck der drei brandenburgischen Industrie- und Handelskammern hin, wird das Land Brandenburg 2006 ein erstes Gesetz zum Bürokratieabbau verabschiedet. Ein zweites Gesetz soll folgen. Die IHK Frankfurt (Oder) war 2005 maßgeblich an der Erarbeitung des ersten Gesetzes beteiligt. Um auch das zweite Gesetz im Sinne der Wirtschaft mit gestalten zu können, braucht die IHK die Hinweise ihrer Unternehmer, wo konkret Missstände sind, die beseitigt werden müssen.

Die Arbeit der IHK, gerade in den Feldern Ansiedlung und Interessenvertretung, braucht zukünftig eine noch effizientere Kommunikation, was auch eine Forderung der Unternehmer aus der Strategiediskussion ist. Zweitens muss die PR-Arbeit der IHK auch den höchsten Ansprüchen genügen, wenn sie die Interessen ihrer Mitglieder auch mit starker Stimme vertreten will. Hier gilt mehr denn je: Wer nicht in den Medien ist, findet nicht statt! Aus diesem Grund hat die

IHK gemeinsam mit Kommunikationsexperten eine Kommunikationsstrategie erarbeitet. In 2006 wollen wir mit der Umsetzung des Konzeptes beginnen.

Die IHK hat im vergangenen Jahr die Landesregierung immer wieder an das Versprechen des Koalitionsvertrages erinnert. Das wird auch 2006 eine Forderung der IHK bleiben: Die Belange der Wirtschaft müssen Vorfahrt behalten! Brandenburg hat die Vorgaben von EU und Bund weit über bundesdeutschen Durchschnitt mit Durchführungsbestimmungen untersetzt. Im vergangenen Jahr haben wir die Umweltpartnerschaft mit dem Land Brandenburg erneuert. Darin hat uns die Landesregierung zugesichert, die überzogenen Regelungen zu überarbeiten. Die IHK wird das im Sinne der Wirtschaft begleiten.

Aber nicht nur die Interessenvertretung für die regionale Wirtschaft spielte im vergangenen Jahr eine Rolle. Auch das zweite Jahr des Ausbildungspaktes war ein wichtiger Aspekt unserer Arbeit. Ebenso hat die IHK im ganz „alltäglichen“ Geschäft die Unternehmer zum Beispiel über neue Gesetze, politische Entwicklungen und deren Auswirkungen informiert. Mit dem vorliegenden Bericht will die IHK in einem kurzen Überblick die Arbeit des Jahres 2005 Revue passieren lassen.

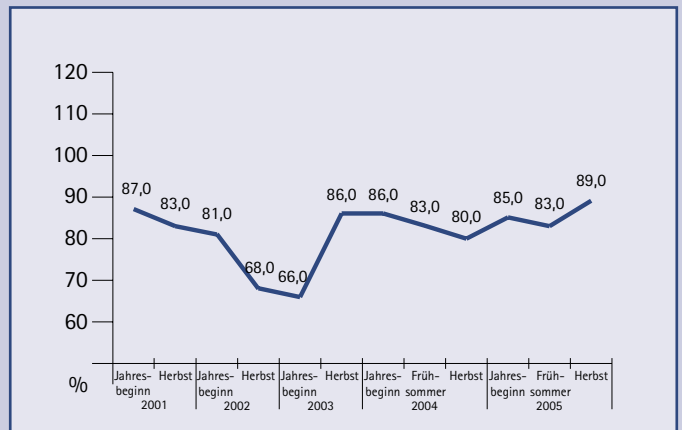
Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre.

Prof. Dr. Johannes Godau
Präsident

Gundolf Schülke
Hauptgeschäftsführer

Standortpolitik

Konjunkturklimaindex im IHK-Bezirk



Standortpolitik

Zum vierten Mal wurde die jährliche Studie „Die EU- Erweiterung im Meinungsbild der Ostbrandenburger Unternehmerschaft“ herausgegeben. Erstmals konnten dabei auch Umfrageergebnisse von Unternehmern aus der benachbarten polnischen Grenzregion verarbeitet werden. Zur Beratung der EU bei der weiteren Gestaltung von Arbeitnehmerfreizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit sind diese Untersuchungen wichtig für die Arbeit der IHK. Zum Thema Herstellung der Freizügigkeit haben die Grenzlandkammern der ARGE28, in der die IHK Frankfurt (Oder) Mitglied ist, in Rostock das Für und Wider abgewogen und eine grundlegende Positionierung zu diesem Thema erarbeitet. Die regionale Unterersetzung wird von der IHK Anfang 2006 erarbeitet.

Zur konjunkturellen Lage in der Wirtschaft des IHK-Bezirk informierte die IHK im Februar mit einer Analyse zum Jahresbeginn, im Juni zu den Ergebnissen der Frühjahrsbefragung und zum Ende des Jahres. Im Laufe des Jahres hat sich die Stimmung in der Wirtschaft langsam aufgehellt. Verarbeitendes Gewerbe und Export tragen mit über dem bundesdeutschen Durchschnitt liegenden Wachstumsraten am meisten zu diesem verbesserten Stimmungsbild bei.

Die Berichte über die Lage in der Tourismusbranche erfolgten im Mai und Dezember. Danach hat sich trotz leicht gestiegener Übernachtungszahlen im IHK-Bezirk die Geschäftslage wieder verschlechtert. Auch schauen die Unternehmer pessimistischer als vor Jahresfrist in die Zukunft.

Ein Grund dafür sieht die IHK in der bis heute zersplitterten Bemühungen in der Vermarktung der touristischen Ziele in Brandenburg. Kann sich ein Spreewald aufgrund seiner Größe noch ganz gut auf dem innerdeutschen Reisemarkt behaupten, werden die vielen kleineren Tourismusregionen, wie das Schlaubetal oder die Schorfheide nur allzu oft übersehen, wenn sie mit touristischen Schwergewichten, wie Schwarzwald, Nordsee, Rügen etc. konkurrieren müssen. Die IHK wird deshalb die Bemühungen des Landes Brandenburg, die touristische Vermarktung zu bündeln, unterstützen.

Der Ausschuss für Mittelstandspolitik der IHK hatte den damaligen Wirtschaftsstaatssekretär Rezzo Schlauch zu Gast. Im Mittelpunkt der Aussprache standen Finanzierungsprobleme der Unternehmen im IHK-Bezirk. Im April verständigte sich der Ausschuss für Mittelstandspolitik mit dem Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses des Brandenburger Landtages zur Neuausrichtung der Brandenburger Förderpolitik. Es galt, das Umschwenken der Landesregierung weg vom Prinzip der dezentralen Konzentration hin zur Förderung wirtschaftlicher Schwerpunkte mit Erfahrungen der wirtschaftlichen Praxis zu untersetzen. In der gleichen Sitzung ging es um die Novellierung des Zentralen Orte-Systems in Brandenburg.

Auch was die Verbesserung der Rahmenbedingungen am Standort Ostbrandenburg betrifft, hat die IHK den Druck auf die Politik erhöht. Ein Gespräch von Präsidium der IHK und Vorstand der Handwerkskammer mit Ministerpräsident Platzeck nutzten die Unternehmer, um auf die Probleme aufmerksam zu machen, die sich für die Wirtschaft aus den Verzögerungen beim

Ausbau von Hohensaaten-Friedrichstaler-Wasserstraße oder der Oder-Lausitz-Trasse ergeben. Offenbar war die Präsentation der Forderungen der ostbrandenburgischen Wirtschaft so deutlich, dass Ministerpräsident Platzeck sein Engagement bei den angesprochenen Themen versprach und regelmäßige Konsultationen zwischen Herrn Platzeck, den Präsidenten von IHK und HWK sowie den Hauptgeschäftsführern vereinbart wurden.

An den Planungs- u. Entwicklungszielen der Städte und Gemeinden der Region war die IHK bei 93 Verfahren beteiligt. Schwerpunkte waren u.a. die Stellplatz- und Stellplatzablösesatzungen, bedingt durch das Auslaufen der Übergangsfrist in der Brandenburgischen Bauordnung 2003. Die Gemeinden können jetzt selbstständig Stellplatzsatzungen aufstellen, eine Vorgabe des Ministeriums existiert nicht mehr. Die IHK vertrat und vertritt die Auffassung, dass eine solche Satzung nicht zwingend notwendig ist, da potenzielle Investoren ein eigenes Interesse an ausreichenden Stellplätzen haben sowie Besonderheiten in den Baugenehmigungen geregelt werden können. Eine Auswirkung der Gemeindegebietsreform ist die Aufstellung der gemeinschaftlichen Flächennutzungspläne, aus denen sich später rechtsverbindliche Bauleitpläne entwickeln lassen sollen. Augenmerk der IHK liegt hier insbesondere auf dem bereits existierenden Gewerbe, um mögliche Entwicklungen nicht einzuschränken. In Bebauungsplänen war 2005 die unmittelbare Betroffenheit von 24 Unternehmen zu prüfen.

Im Mittelpunkt der Arbeit des Arbeitskreises Unternehmenssicherheit (AKUS) stand die Erarbeitung eines Berlin-Brandenburgischen Krimi-



Oder-Havel-Kanal bei Eberswalde

nalitätsbarometers. Die IHKs aus Berlin, Frankfurt (Oder) und Potsdam haben sich an der Befragung der Unternehmen zu verschiedenen Risikolagen in der Wirtschaft beteiligt. Es wurde deutlich, dass die Unternehmen in starkem Maß von Kriminalität belastet sind und erhebliche Schäden zu kompensieren haben. Im Ergebnis der Studie entwickelt sich Sicherheit in der Wirtschaft zu einem Standortfaktor, der zunehmend an Bedeutung gewinnt.

Rechts- und Steuerpolitik

Die Arbeit im Bereich Rechts- und Steuerpolitik wurde maßgeblich durch das IHK-Jahresthema „Standortvorteil Recht“ bestimmt. Die Eröffnungsveranstaltung in Potsdam und die Veranstaltung zum Thema „Schlichten statt richten“ in der IHK Cottbus und die Abschlussveranstaltung mit hochrangigen Gästen in Frankfurt (Oder) waren ein Erfolg.

Im vergangenen Jahr beschäftigte die Unternehmen die Einführung der elektronischen Buchführung in Brandenburg. Deshalb hat die IHK zwei Informationsveranstaltungen zur „Elektronischen Betriebsprüfung“ organisiert. Die rege Teilnahme zeigt, wie sehr das Thema unseren Unternehmern auf den Nägeln brennt, weit über 100 Unternehmer besuchten die Veranstaltungen.

Ein Schwerpunkt aus der Strategiediskussion ist das Thema Bürokratieabbau. Die IHK Frankfurt

(Oder) hat gemeinsam mit der Potsdamer IHK im vergangenen Jahr Kontakt mit der Landesregierung aufgenommen. Eine Arbeitsgruppe bei der Staatskanzlei koordinierte die verschiedenen Aktivitäten im Land Brandenburg. Die IHKs haben in Zusammenarbeit mit ihren Ausschüssen 30 Vorschläge zur Deregulierung und zum Bürokratieabbau erarbeitet. Diese sind in das Erste Bürokratieabbaugesetz eingeflossen, das 2006 vom Landtag verabschiedet werden soll. Nach Auffassung der IHK genügt es aber nicht, einfach eine Liste von zu streichenden Gesetzen zu erarbeiten und diese dann umzusetzen. Oftmals ist es auch das ganz alltägliche Verwaltungshandeln, was die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und öffentlicher Hand erschwert. Dies und das Verständnis der Verwaltung für die Bedürfnisse der Unternehmen zu verbessern, wird ein Schwerpunkt der IHK-Arbeit in den kommenden Jahren sein.

Ein wichtiger Punkt, der unsere Mitglieder beschäftigt, wie wir den Umfragen zu unserer Strategiediskussion entnehmen konnten, sind die Kosten der Unternehmen. Deshalb hat sich die IHK im vergangenen Jahr verstärkt diesem Thema gewidmet. Schnell mussten die Mitarbeiter der IHK feststellen, dass die IHK nur bedingt Einfluss auf die Kostenstrukturen nehmen kann. Einige Erfolge konnten bei der Einflussnahme auf die Gewerbesteuerhebesatzentwicklung erzielt werden. Dem massiven Druck der IHK ist es zu verdanken, dass Frankfurt (Oder) seinen Gewerbesteuerhebesatz senkt und Prenzlau ihn nicht erhöht. Die IHK Frankfurt (Oder) hat auch die Verfassungsklage der Gemeinden Freudenberg-Beiersdorf und Althüttendorf unterstützt. Die Kommunen haben gegen die Wiedereinführung

des Gewerbesteuerhebesatzes in ihren Gemeinden geklagt. Die Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes auf Null hatte den beiden Kommunen viele neue Firmensiedlungen gebracht, so dass am Ende mehr Einnahmen für die Gemeinde zu Buche standen als mit einem Gewerbesteuerhebesatz. Das Bundesverfassungsgericht hatte 2005 die IHK Frankfurt (Oder) zu eine Stellungnahme aufgefordert und auch erhalten. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes, die hoffentlich im Sinne der Wirtschaft gefällt wird, steht allerdings noch aus.

Vor dem gleichen Hintergrund hat die IHK gemeinsam mit der Europa-Universität Viadrina ein studentisches Projekt zur Analyse der Kostenstrukturen in Ostbrandenburg ins Leben gerufen. Die Studenten untersuchten die Kostenstrukturen regionaler Unternehmen in einem Branchenquerschnitt und stellten sie den Kosten vergleichbarer Unternehmen in anderen Regionen gegenüber. Dieses Projekt folgt der Überlegung, dass die transparente Darstellung regional verursachter Unternehmenskosten die Versorger zu mehr Standortwettbewerb anhält. Erste Ergebnisse des Projektes wurden im 2. Halbjahr 2005 auf der Jahresabschlussveranstaltung des Steuer- und Finanzausschusses der IHK vorgestellt. Mit diesem Vergleich hat die IHK außerdem Transparenz für potenzielle Investoren, was die regional verursachten Unternehmenskosten betrifft, hergestellt. Damit trägt die IHK einer weiteren Forderung der Unternehmen aus der Strategiediskussion Rechnung. Langfristig soll die IHK dazu beitragen, die wirtschaftliche Basis der Region zu verbreitern. Mit diesem Abgabevergleich wird ein erster Schritt in diese Richtung getan.

Starthilfe und Unternehmensförderung

Starthilfe und Unternehmensförderung

Im Team Starthilfe und Unternehmensförderung konzentrieren wir uns auf die Unterstützung von Existenzgründungen mit dem Ziel der Nachhaltigkeit und der Sicherung des Unternehmensbestandes. Dabei haben wir den Anspruch, die vom Staat übertragenen Auftragsdienstleistungen möglichst unternehmensnah zu erfüllen.

Existenzgründungen

Die Zahl der Neugründungen ist nach dem Gründerboom von 2004 im IHK-Bezirk bereits im 1. Halbjahr 2005 wieder mit ca. 3.000 Neugründungen auf den Durchschnitt der Vorjahre zurückgegangen. Die Ursache für die überdurchschnittlich hohe Zahl an bis dahin erfolgten Gründungen sehen wir vordergründig in der Förderung der Ich-AG. Das jedoch ist nach unserer Auffassung kein Weg für eine nachhaltige Förderung unternehmerischen Nachwuchses. Leider werden viele Unternehmen nach Beendigung der staatlichen Förderung aufhören zu existieren.

Mit dem Ziel, einer guten Vorbereitung in die Selbständigkeit haben wir 2005 gut 1.500 Existenzgründer persönlich beraten. Schwerpunkte der Beratung waren Fragen nach Fördermöglichkeiten, insbesondere durch die Agentur für Arbeit, der gewerblichen Zulassungsvoraussetzungen und zur Gewerbeanmeldung.

Die Zahl der Gewerbeanmeldungen war besonders in den beiden letzten Quartalen 2004 besonders hoch. Ende 2004 wurde die Arbeitslosenhilfe abgeschafft und das Arbeitslosengeld II mit schärferen Kriterien stattdessen eingeführt. Damit sind viele Arbeitslose zu Existenzgründern geworden, die die Kriterien für ALG II nicht erfüllt hätten. Ende 2005 stieg die Zahl der Gewerbeanmeldungen überproportional an. Das markiert genau das Ende der ersten Welle an Ich-AG-Gründern, die die dreijährige Förderzeit der Ich-AG von 2002 bis 2005 in Anspruch genommen und nun ihr Gewerbe abgemeldet haben.

Die Dienstleistungsbranchen liegen mit 50 Prozent der Neugründungen, gefolgt vom Einzelhandel 11 Prozent, dem Verkehrsgewerbe 10 Prozent und den produzierenden Bereichen einschließlich Baugewerbe 9 Prozent an der Spitze. Ein gewaltiger Überhang in einigen Dienstleistungsbereichen, insbesondere haushaltsnahe Dienstleistungen, ist dadurch entstanden. Wir befürchten allerdings, dass das erhöhte Angebot auf keine ausreichende Nachfrage treffen wird.

Neben den Einzelberatungen haben wir monatliche Existenzgründer-Infoveranstaltungen in Frankfurt (Oder), Fürstenwalde und Eberswalde durchgeführt. Bewährt haben sich die wöchentlichen Sprechtage in Prenzlau, die monatlich zweimal stattfindenden Beratungen in Strausberg und die monatlichen in Schwedt. Die Beratungen werden auch rege von am Markt bestehenden Unternehmen genutzt. Damit bemüht sich die IHK die riesige Fläche des IHK-Bezirktes möglichst kundenfreundlich abzudecken.

Mit dem Lotsendienst bieten wir in den Landkreisen Uckermark, Barnim, LOS und der Stadt Frankfurt (Oder) Existenzgründern eine gezielte

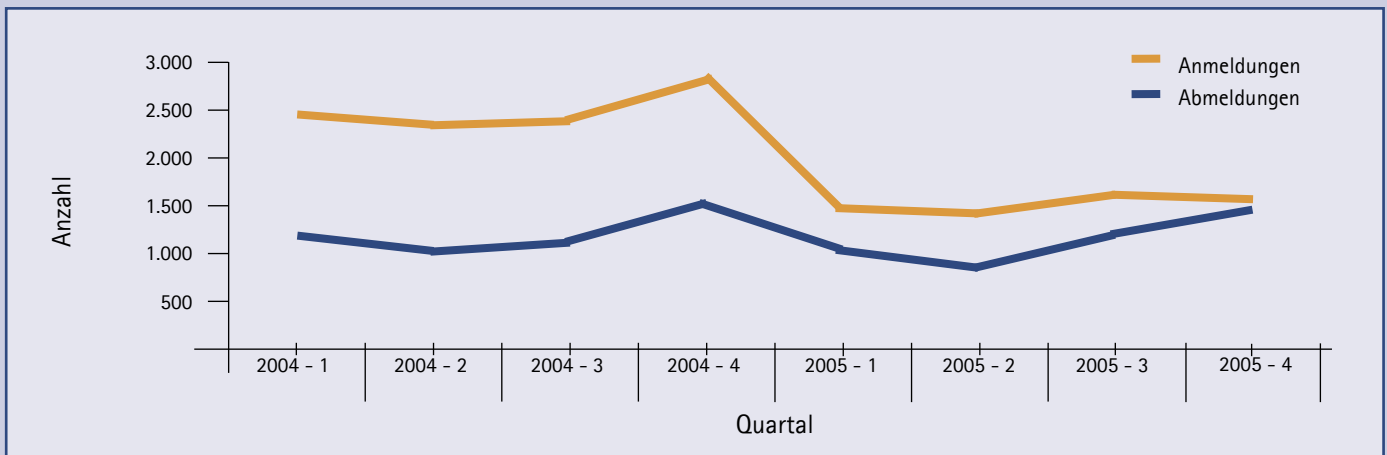
bedarfsorientierte Beratung an, um so die Gründung auf ein festes Fundament zu stellen. Seit August 2005 wird zur Beratung und Begleitung von Existenzgründern, aber auch jungen Unternehmen das KfW-Gründercoaching angeboten. Stellungnahmen zum beantragten Überbrückungsgeld und zur Ich-AG-Förderung haben wir 228 abgegeben.

Unternehmensbetreuung/ Existenzsicherung

Mit dem Ziel der Sicherung des Unternehmensbestandes und der Information unserer Unternehmer haben wir unter anderem verschiedene Veranstaltungen wie die Fachkonferenz zum Kinder- und Jugendtourismus, die Internationalen Ostbrandenburger Verkehrsgespräche oder den 3. Brandenburger Tag des Dienstleisters durchgeführt. Außerdem wurde eine Informationsveranstaltung zur Fußball-WM 2006 organisiert. Diese Veranstaltung hatte das Ziel, dass touristische und Handelsunternehmen als Gastgeber für ein Publikum aus aller Welt zu empfehlen. Hier haben wir unsere Unternehmen ermutigt, sich für den Wettbewerb anzumelden.

Rund 140 Unternehmen konnten unsere Mitarbeiter entweder direkt im Unternehmen oder in der IHK mit Rat und Tat zur Seite stehen. Dabei ging es um alle Fragen rund um's „Wirtschaften“. Themen waren zum Beispiel: Fördermöglichkeiten, Unternehmensnachfolge oder Geschäftserweiterung. Im Haus der IHK bieten wir für Unternehmen, aber auch Existenzgründer die monatlichen Sprechtage der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und die wöchentlichen der Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) an.

An- und Abmeldungen im IHK-Bezirk



Fortgesetzt wurde 2005 auch das Projekt des „Runden Tisches“. Dabei wenden sich in finanzielle Schwierigkeiten geratene Unternehmen an die IHK, die ihnen gemeinsam mit der KfW einen erfahrenen Berater zur Seite stellt. Im Jahr 2005 wurden 30 Unternehmen betreut. Davon konnten über 75 Prozent der Unternehmen in ihrem Fortbestand gesichert werden. Die Quote zeigt aber auch, dass die Zahl der Unternehmen, die unverschuldet in Schwierigkeiten gerät nach wie vor sehr hoch ist. Ein Problem ist die schlechte Zahlungsmoral, die zunehmend auch bei der öffentlichen Hand zu verzeichnen ist.

Im Rahmen der GA-Förderung wurden 79 Stellungnahmen zur Gewährung von Investitionszuschüssen sowie 49 Stellungnahmen zur Übernahme von Bürgschaften durch die Bürgschaftsbank

abgegeben. Das erfreuliche daran ist, dass trotz der schwierigen wirtschaftlichen Lage Unternehmen bereit sind, in die Region zu investieren. Davon wünschen wir uns noch mehr. Deshalb wird die IHK 2006 gemeinsam mit Partnern an einem Imagefilm arbeiten, mit dem für Investitionen in Ostbrandenburg geworben werden soll.

Neue Auftragsdienstleistung für den Staat

Aufgrund von erhöhten Sicherheitsanforderungen sind die IHK's nun auch für das Führen des Verzeichnisses der Gefahrgutbescheinigungen für Gefahrgutfahrer zuständig. Das ist sinnvoll, prüft doch die IHK bereits in diesem Bereich. Die Schulung der Fahrzeugführer nach dem ADR

und damit die Prüfung mit 310 Teilnehmern (2004 gesamt 622 Teilnehmer) durch die IHK ist deutlich rückläufig, da die Förderung durch die Agentur für Arbeit für derartige Schulungen nur noch bedingt erfolgt.

In 7 Fachkundeprüfungen im Straßenpersonen- und Güterkraftverkehr (2004 insgesamt 8) wurden 60 Teilnehmer geprüft (2004 insgesamt 50 Teilnehmer). Zur Erteilung oder Wiedererteilung von Genehmigungen im Straßenpersonen- und Güterkraftverkehr wurden 435 Stellungnahmen abgegeben (2004 gesamt 400). Dies hängt mit der gestiegenen Anzahl von Unternehmen im Personentransportgewerbe zusammen. Es bleibt zu hoffen, dass sich für diese Unternehmen die Investition lohnen wird und sie sich am Markt etablieren können.

An- und Abmeldungen im IHK-Bezirk in Zahlen

Jahr-Quartal	FFO		LOS		MOL		BAR		UM		Gesamt	
	Anm.	Abm.	Anm.	Abm.	Anm.	Abm.	Anm.	Abm.	Anm.	Abm.	Anm.	Abm.
2004-1	197	125	626	278	702	327	663	302	320	181	2.508	1.213
2004-2	170	110	444	298	470	257	505	262	230	165	1.819	1.092
2004-3	142	116	497	307	509	278	494	299	286	184	1.928	1.184
2004-4	207	144	595	381	793	435	731	367	392	229	2.718	1.556
2005-1	136	98	353	230	426	248	379	229	190	133	1.484	938
2005-2	145	54	377	185	372	237	352	213	169	140	1.415	829
2005-3	127	103	399	293	495	296	425	332	196	199	1.642	1.223
2005-4	117	117	350	347	410	419	422	396	230	219	1.529	1.498
2005 gesamt											6.070	4.488

Aus- und Weiterbildung

8

Aus- und Weiterbildung

Ausbildung

Im Jahr 2005 haben die ehrenamtlichen Prüfer und die IHK-Mitarbeiter im IHK-Bezirk über 7.200 Prüfungen in 113 Berufen abgenommen. Damit sind die Zahlen des Vorjahres erreicht worden. Die Abnahme der Prüfungen in der Berufsausbildung stellt somit einen der Schwerpunkte der Arbeit im Geschäftsfeld dar. Sichern wir doch auf diese Weise den Bedarf an Fachkräften und damit langfristig die Zukunft für unsere Unternehmen.

In den vergangenen Jahren haben sich die Berufsbilder wesentlich verändert. Seit 1995 sind 58 neue Berufe hinzugekommen und 256 Berufe überarbeitet worden. Das bedeutet aber auch für unsere ehrenamtlichen Prüfer, dass sie auf dem aktuellen Stand sein müssen. Deshalb haben wir 52 Prüferschulungen im Jahr 2005 durchgeführt.

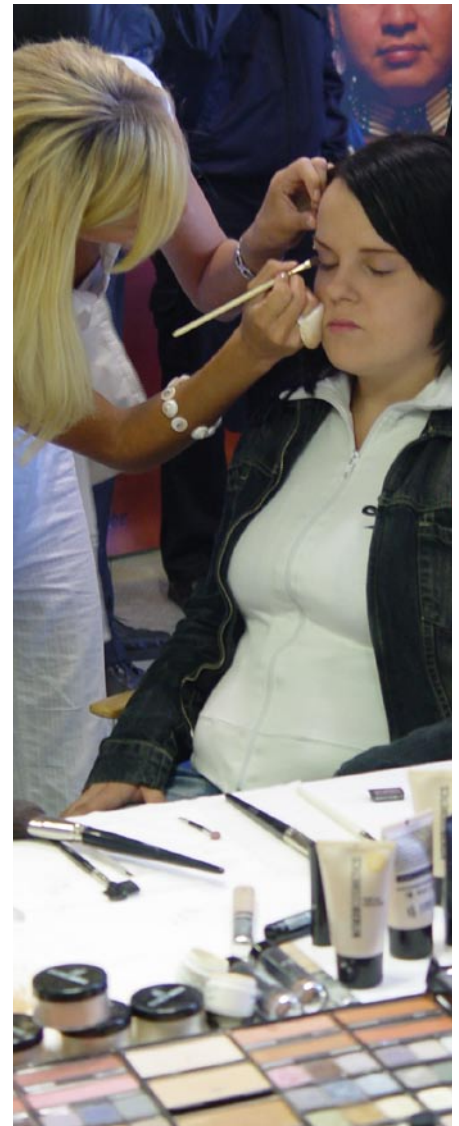
Ein weiterer wichtiger Punkt, der uns 2005 beschäftigt hat, war die erneute Erfüllung des Ausbildungspaktes und des brandenburgischen Ausbildungskonsenses. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben 2.779 Betriebe besucht und für die Berufsausbildung geworben. Damit sind sie in 271 Betrieben mehr gewesen als im Jahr 2004. Im Jahr 2005 haben wir Ausbildungsbetriebe dazugewinnen können. Jetzt bilden 75 Betriebe mehr aus als noch 2004. Damit stellen wir die Berufsausbildung langfristig auf eine breitere

Basis. Wichtig sind die Besuche unserer Ausbildungsplatzentwickler und -berater für unsere Unternehmer, da sie konkrete und gezielte Informationen zur Ausbildung von ihrer zuständigen Kammer vermitteln. Die Unternehmen bekommen Unterstützung bei der Entscheidungsfindung bzgl. der Ausbildung. Dennoch konnte der Stand aller im Kalenderjahr neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge im Verhältnis zu 2004 nicht gehalten werden. Es sind 2,4 Prozent weniger als 2004. Zwar bilden insgesamt mehr Betriebe in Ostbrandenburg aus. Aber auf der anderen Seite bildet die Masse der Betriebe weniger Lehrlinge aus als früher.

War eben die Rede von der Sicherung des Bedarfes an Fachkräften, muss natürlich auch über die Güte der schulischen Ausbildung, die die Auszubildenden mitbringen, gesprochen werden. Hier gibt es nach wie vor Defizite, die sich eher vergrößern als verringern. Hierin liegt auch die Ursache dafür, dass Unternehmen heute weniger Lehrlinge ausbilden. Unternehmen die zum Beispiel früher zwei Lehrlinge genommen haben, stellen heute meist nur noch einen ein.

Auch zwischen den Schulen Brandenburgs gibt es ein großes Gefälle in der Qualität der Abschlüsse. Ebenso sind die Abschlüsse, die in den einzelnen Bundesländern gemacht werden, immer noch nicht vergleichbar. Deshalb hat die IHK Frankfurt (Oder) einen Bewerbercheck entwickelt, um vergleichbare Kriterien bei der Ausbildungsreife der Schüler zu haben. Im Jahr 2005 wurden für rund 50 Unternehmen potenzielle Bewerber auf einen Ausbildungsplatz von uns gecheckt – Tendenz steigend.

Die Ausbildungsbörsen, an denen wir uns beteiligt haben, sind ein weiteres Mittel, um zur



Schule trifft Wirtschaft: Hier wurde über Ausbildungsberufe hautnah informiert.

Peggy Keuchel und Simone Zinke beraten über Weiterbildungsmöglichkeiten der IHK am Tag der Weiterbildung.



Berufsausbildung zu informieren. Zielgruppe sind hier die zukünftigen Auszubildenden bzw. deren Eltern. Sie erhalten gezielte Informationen zu allen Dingen rund um die Ausbildung. Das erleichtert den Unternehmen die Einstellung der Azubis, wissen diese doch bereits, was sie alles beachten müssen. Mit den Börsen verfolgt die IHK auch ein nicht ganz uneigennütziges Ziel. Sie macht Jugendliche und Eltern mit der zuständigen Stelle für ca. 150 Berufe, der IHK, selbst bekannt. Mit den insgesamt 28 Börsen und Ausbildungsmessen, an denen sich die IHK 2005 beteiligt hat, wollen wir eine positive Motivation bei den Jugendlichen und die Bindung der Jugendlichen an die Region durch konkrete Angebote der Mitgliedsunternehmen zur Ausbildung erreichen. Um noch effizienter nach potenziellen Ausbildungsbetrieben zu recherchieren, haben wir eine Analyse der Gewerbegebiete nach auszubildenden und nichtauszubildenden Unternehmen durchgeführt. Wir werden weiter aktuelle Informationen zu neuen Berufen und zur Ausbildung auf der IHK Internetseite und im Newsletter an die Unternehmen geben.

Weiterbildung

Wir wollen durch praxisorientierte und innovative Seminare, Workshops, Lehrgänge die Wettbewerbsfähigkeit der kleinen- und mittelständischen Unternehmen der Region Ostbrandenburg erhöhen. Das dies von unseren Unternehmen angenommen wird, zeigen die nachfolgenden Zahlen.

Ein großes Ereignis waren der 7. und 8. März 2005. Am sogenannten Tag der Weiterbildung, informieren die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IHK Bildungszentrums über Chancen und Möglichkeiten der beruflichen Qualifizierung. Unter dem Motto „IHK.Die Weiterbildung- Wir fördern Ihren Erfolg!“ wurde der 8. März 2005 erstmals nicht in der IHK sondern in einem Einkaufszentrum, dem Spitzkrug Multi Center in Frankfurt (Oder) durchgeführt. Davon haben wir uns mehr Nähe zu unseren Kunden, den Unternehmern sowie deren Mitarbeitern versprochen. Um auch entsprechend Publikum zu erreichen, haben wir uns in Abstimmung mit dem Einkaufszentrum für einen Tag mit hoher Besucherfrequenz entschieden. Die Wahl fiel demzufolge

auf Sonnabend, den 8. März. Der überwältigende Erfolg gab uns recht. Professionell durch Moderatoren von BB-Radio begleitet und in ausgezeichnete Zusammenarbeit mit den Verantwortlichen des Einkaufszentrums vorbereitet, konnten wir an diesem Tage rund 300 Interessenten persönlich beraten. Mit den Veranstaltungen zum Tag der Weiterbildung werden wir auch 2006 im IHK-Bereich unterwegs sein.

Im Rahmen des Kompetenznetzwerkes „Neue Märkte“ innerhalb der Entwicklungspartnerschaft FUTURE 2005 Ostbrandenburg haben wir 26 Unternehmen die Möglichkeit gegeben, sich dem britischen Markt zu nähern. Wir haben die Unternehmer in Workshops vorbereitet und ihnen Kontakte zu möglichen Partnern in Großbritannien vermitteln können.

Zum Abschluss sei noch ein Ausblick in die nähere Zukunft gemacht. Hier sprechen die vorangestellten Vergleichszahlen zu 2004 für sich: wir müssen uns, aufgrund des zu erwartenden Fachkräftemangels in den kommenden Jahren, auf einen weiter ansteigenden Bedarf an Weiterbildung einrichten.

Die Zahlen der Weiterbildung im Einzelnen:

2005	2004	
36	31	Förderung von Facharbeiter durch das Programm „Begabtenförderung berufliche Bildung“
378	466	Beratung und Betreuung von Teilnehmer an Fortbildungsprüfungen
754	638	Teilnehmer in 53 Lehrgängen zur Vorbereitung auf die Zwischen- und Abschlussprüfungen
248	109	Teilnehmer in Lehrgängen mit IHK-Zertifikat > 50 Unterrichtsstunden
924	731	Teilnehmer in (Vorträgen) und Seminaren bis ca. 50 Unterrichtsstunden
314	224	Teilnehmer in Unterrichtungen im Bewachungs- und Gaststättengewerbe
	1 250	Teilnehmer an Sachkundeprüfungen im Bewachungsgewerbe



Innovation

Die Kommunikation zwischen Wirtschaft und Verwaltung wird zunehmend auf elektronischem Wege abgewickelt. Die IHK hat sich als Stimme der ostbrandenburgischen Wirtschaft im Jahr 2005 an Abstimmungen der Landesregierung zur Umsetzung des E-Government-Planes in Brandenburg beteiligt. Nach Auffassung der IHK handelt es sich bei den Plänen des Landes um eine sehr weit gefasste Auslegung von E-Government. Geht es doch in den meisten Fällen einfach darum, die

Behörden endlich mit den technischen Möglichkeiten des 21. Jahrhunderts auszurüsten. Ebenso wichtig aus Sicht der IHK ist, dass die Umsetzung des E-Government-Planes insgesamt wirtschaftsfreundlich ist, keinen größeren Aufwand erzeugt und dass regionale Anbieter bei der Realisierung berücksichtigt werden. Ein anderer Punkt, die Einführung des elektronischen Handelsregisters, ist von der IHK Frankfurt (Oder) ausdrücklich begrüßt worden. Dadurch wird es zukünftig möglich sein, schneller und unkomplizierter Auskünfte über Unternehmen zu erhalten als bisher.

Zur Zeit läuft in der EU die Vorbereitung der neuen Förderperiode, die ab 2007 in Kraft gesetzt wird. Hier hat die IHK Frankfurt (Oder) gemeinsam

mit den beiden anderen brandenburgischen IHKs eine brandenburgweite Untersuchung zum Stand der Anwendung innovativer Managementmethoden in den kleinen und mittelständischen Unternehmen begonnen. Die IHKs benötigen möglichst genaue Informationen über den derzeitigen und zukünftigen Bedarf ihrer kleinen und mittelständischen Unternehmen, um sich auf europäischer Ebene für entsprechende Förderangebote stark machen zu können. Die Studie wurde im Herbst 2005 abgeschlossen und bietet die Basis für das weitere Engagement der IHK Frankfurt (Oder) und konkrete Forderungen an Politik und Verwaltung auf diesem Gebiet.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit lag 2005 in der weiteren Profilierung der Initiative „Innovation und Markterfolg“. Der Transfer innovativer Ideen in die Wirtschaft, die Entwicklung von Produkten zur Marktreife und die Vermarktung selbst sind ein Schlüssel für den tatsächlichen wirtschaftlichen Erfolg. Allerdings scheitern nach wie vor viele gute Geschäfts- und Produktideen an der Vermarktung. Deshalb werden hier zur Zeit die Vermarktungsaktivitäten von in der Entwicklung geförderten Innovationen untersucht. Daraus wird die IHK Frankfurt (Oder) Handlungsempfehlungen und Forderungen für Politik und Verwaltung ableiten und dann auch einfordern.

Mit der Neubesetzung im Bereich Innovation und Technologie richtet die IHK Frankfurt (Oder) besonderes Augenmerk auf den Wissenstransfer zwischen Hochschulen und kleinen und mittleren Unternehmen. Diesem Thema wird sich die IHK in den nächsten Jahren verstärkt widmen, geht es dabei doch auch um die Bindung von künftigen Fachkräften an den Standort Ostbrandenburg.



Die S.M.D. Solar-Manufaktur Deutschland GmbH - eines der innovativen Unternehmen in Ostbrandenburg.

Hier werden Kreisläufe geschlossen:
Die Leipa Georg Leinfelder GmbH in Schwedt.



Umwelt

Die Erneuerung der Umweltpartnerschaft zwischen Politik und Wirtschaft war ein Schwerpunkt der IHK-Arbeit in diesem Fachbereich. Unter aktiver Mitwirkung der IHK Frankfurt (Oder) konnte zum Jahrestreffen am 9. Mai 2005 ein Arbeitspapier zur Fortschreibung der Umweltpartnerschaft vorgelegt werden. Ziel der IHK war es unter anderem, die bereits in Landesrecht umgesetzten Normen von europäischer und bundesdeutscher Ebene auf ein vernünftiges Maß zurückzuführen. Die am 30. November 2005 unterzeichnete Fortschreibung dieser Vereinbarung orientiert sich an den wesentlichen Zielen der brandenburgischen Koalitionsvereinbarung und enthält konkrete und abrechenbare Leistungen der Vertragspartner. Die Landesregierung hat sich in der Umweltpartnerschaft auch dazu verpflichtet, „grundsätzlich keine über Bundes- und EU-Standard hinausgehenden landesrechtlichen Regelungen zu verfolgen.“ Damit hat die IHK ihr Ziel erreicht. Wie ernst es der Landesregierung mit dieser Verpflichtung ist, kann sie bereits im Jahr 2006 bei der anstehenden Novellierung des Landeswassergesetzes und des Landesnaturschutzgesetzes unter Beweis stellen.

Am 24. Februar 2005 waren die umweltpolitischen Sprecher der beiden Koalitionsparteien zu Gast im IHK-Umweltausschuss und diskutierten mit den Mitgliedern dieses Gremiums die Grundzüge der künftigen Umweltpolitik. Das vom Umweltausschuss verabschiedete Positionspapier wurde von beiden

Parlamentariern als geeignete Grundlage für den weiteren Dialog gewürdigt. Die IHK und ihr Umweltausschuss werden auf dieser Grundlage den Dialog mit der Landespolitik fortsetzen.

Das Thema Feinstaub war nicht nur in den Medien präsent sondern im 2. Quartal auch Thema im IHK-Umweltausschuss. Dazu diskutierten Unternehmer des Umweltausschusses mit Vertretern des Landesumweltamtes in einer sachlichen und offenen Atmosphäre. Dabei konnten Besorgnisse der Unternehmen, dass sich aus der Luftreinhalteplanung nachteilige Folgen für die Wirtschaft ergeben, von der Behörde weitgehend ausgeräumt werden.

Neben den ganz konkreten Aufgaben der Interessenvertretung auf Landesebene, beteiligte sich die IHK 2005 an 20 Gesetzgebungsverfahren auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene.

Zu diesen Verfahren wurde in Stellungnahmen die Sicht der regionalen Wirtschaft in den Gesetzgebungsprozess eingebracht. Dabei ging es um mehrere Schutzgebietsverordnungen im Land Brandenburg aber auch Gesetz-, Verordnungs- und Erlassentwürfe im Abfallrecht, Chemikalienrecht bis hin zum Umweltstatistikgesetz.

Welche Auswirkungen das Deponierungsverbot, das seit dem 1. Juni 2005 gilt, für die Abfallentsorgung der Unternehmen hat, wurde von der IHK und den Mitgliedern des IHK-Umweltausschusses im 3. Quartal mit Vertretern des Bundesumweltministeriums und des Landesumweltamtes erörtert. Leider konnten hier die Sorgen der Unternehmen nicht ausgeräumt werden – im Gegenteil. Sowohl Wirtschafts- als auch Behördenvertreter berichteten von Entsorgungsgpässen, die vom

Vertreter des Bundesumweltministeriums auf ca. fünf Millionen Tonnen beziffert wurden und frühestens im Jahr 2007 beseitigt sein werden.

Anlässlich des großen übergreifenden Themas der IHK-Organisation, dem „Standortvorteil Recht“ wurde die Veranstaltungsreihe „Umweltrecht für die unternehmerische Praxis“ entwickelt. Hier ging es um die ganz alltäglichen Probleme, die Unternehmer beim Wirtschaften mit den Vorschriften des Umweltrechtes bekommen können. Die Resonanz auf diese Informationsveranstaltungen war derart gut, dass die IHK eine Fortführung dieser Reihe auch 2006 bereits fest ins Auge gefasst hat.



International

International

Zu den Dienstleistungen, die die IHK im Auftrag des Staates durchführt, gehören in diesem Fachbereich die Beglaubigung und Bescheinigung von dem Außenwirtschaftsverkehr dienenden Dokumenten sowie die Ausstellung von Carnet A.T.A. für die vorübergehende Ausfuhr von Waren. Im Jahr 2005 wurden von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der IHK Frankfurt (Oder) 1.790 Dokumente beglaubigt/bescheinigt und 31 Carnet A.T.A. ausgestellt. Die Länder für die wir diese Bescheinigungen am meisten ausgestellt haben sind die Ukraine, Russland, die USA, Lettland, der Iran, Saudi Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, China, Libanon, Georgien, Kasachstan und Indien.

Das Exportvolumen unserer Unternehmen ist im vergangenen Jahr stetig angestiegen. Das bestätigt auch die Konjunkturumfrage der IHK. Jedoch haben wir durch den EU-Erweiterungsprozess im Mai 2004 ein Rückgang in der Anzahl der von der IHK bearbeiteten Außenwirtschaftsdokumente (rund 25%) zu verzeichnen. Benötigen doch unsere Unternehmen durch die Erweiterung des europäischen Binnenmarktes für die neuen EU-Mitglieder keine solchen Dokumente mehr. Der Trend zur Erschließung neuer Märkte, wie zum Beispiel Kroatien, Südafrika, Taiwan durch unsere Unternehmen setzt sich weiter fort. Dies unterstützen wir natürlich nach Kräften. Langfristig rechnen wir daher mit wieder steigenden Zahlen bei den Außenwirtschaftsdokumenten.

Mit der digitalen Signatur, das heißt der elek-

tronischen Ausstellung von Ursprungszeugnissen, wurde im Juni 2004 mit einem Unternehmen begonnen. Im Jahr 2005 wurden bereits 135 Ursprungszeugnisse elektronisch bescheinigt. Problematisch ist hier nicht das mangelnde Interesse der Unternehmer. Häufig fehlt es den entsprechenden Behörden in den Zielländern an Möglichkeiten, das elektronische Dokument überhaupt zu lesen. Langfristig wird sich die elektronische Abwicklung der Außenhandelsformalitäten aber durchsetzen. Weitere Unternehmen werden die elektronischen Ursprungszeugnisse in den kommenden Monaten einführen. Wir unterstützen diesen Prozess ausdrücklich.

Die immer weiter fortschreitende Globalisierung der Märkte, nicht zuletzt durch die EU-Osterweiterung ist das Thema, was auch die Unternehmer aus unserem IHK-Bezirk sehr stark beschäftigt. Können sie sich doch heute wesentlich einfacher neue Märkte erschließen als noch vor einigen Jahren. Allerdings gibt es auch so immer noch genügend Fallstricke, die man als Unternehmer kennen muss, um die Markterschließung nicht zum Desaster werden zu lassen. Zu unserem Tagesgeschäft gehört hier die persönliche oder telefonische Beratung der Unternehmen. Diese umfasst die gesamte Palette von Fragen rund um die Außenwirtschaft. Die

meisten Fragen beantworten wir zum Zoll- und Außenwirtschaftsrecht, zu Förderprogrammen, zur Kooperationsvermittlung, zu Dingen, die bei Geschäften mit ausländischen Partnern zu beachten sind. Deshalb haben wir uns bemüht, dem auch bei der Planung von Informationsveranstaltungen Rechnung zu tragen.

In 25 Informationsveranstaltungen und Seminaren mit rund 1.000 Teilnehmern haben wir Unternehmen mit aktuellen Informationen rund um's Geschäft mit ausländischen Partnern versorgt. Gleichzeitig haben wir zielgerichtet Schulungen wie z. B. zu zollrechtlichen Bestimmungen des Warenverkehrs angeboten. Aber auch Seminare zur CE-Kennzeichnung – dem europäischen Prüfsiegel –, zu den Zollpräferenzen beim Export von Waren, bei dem es um Waren- und Ursprungsrecht ging, zu Genehmigungsverfahren im polnischen Bau- und Umweltrecht und zur Umsatzbesteuerung im Binnenmarkt gehörten zu unserem Informationsservice für Unternehmer.

Zur Unterstützung von Unternehmen beim Auf- und Ausbau von deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen haben wir unsere Unternehmen im Service Centre Polen (SCP) beraten. Die Nachfrage nach diesen Serviceleistungen waren so stark, dass wir uns um ein zusätzliches Projekt (Coaching und Übersetzungsleistungen für kleine

Außenwirtschaftsdaten für Brandenburg

				Stand Oktober 2005
Export gesamt:	2004 Jan. - Okt.	4.415,7 Mio. EUR	Entwicklung 2004/2005 - 122,04 Prozent	
	2005 Jan. - Okt.	5.389,1 Mio. EUR		
Einfuhr gesamt:	2004 Jan. - Okt.	5.491,8 Mio. EUR	Entwicklung 2004/2005 - 124,6 Prozent	
	2005 Jan. - Okt.	6.843,5 Mio. EUR		

Deutscher Gemeinschaftstand auf der BIG 5 Show in Dubai



und mittelständische Unternehmer) beworben haben. Dabei hatten wir Erfolg. Seit Anfang des Jahres haben wir noch eine dritte Stelle in dem Bereich schaffen können. Nachfolgend nur ein paar Zahlen, die zeigen, wie stark der Andrang im vergangenen Jahr von Seiten unserer Unternehmer beim Thema Polen war. Es wurden 741 Anfragen beantwortet, rund 300 Kooperationen vermittelt und 13 Workshops, Seminare und Kooperationsbörsen mit rund 400 Teilnehmern organisiert bzw. daran beteiligt.

Auf Grund der großen Nachfrage nach dem Serviceangebot des SCP haben wir einen Verlängerungsantrag für unser Service Centre Polen bis 2007 gestellt. Dieser Antrag wurde bewilligt.

Unser Euro Info Centre hat im vergangenen Jahr Unternehmen aus Ostbrandenburg geholfen, sich die Märkte in Griechenland, Italien und Großbritannien zu erschließen. Auch der Aufbau von Wirtschaftsbeziehungen zwischen Unternehmen aus EU-Mitgliedsstaaten Deutschland, Griechenland, Italien und den EU-Kandidatenländern Bulgarien und Rumänien war 2005 Teil der Arbeit des Euro Info Centre.

Mit dem Ziel der Erschließung neuer Märkte, der Bildung von Netzwerken und Vermittlung von Kooperationsbeziehungen zwischen kleinen und mittelständischen Unternehmen aus Deutschland, innerhalb Deutschlands und anderen Ländern haben wir Messebeteiligungen auf der CeBIT in Hannover, LASER in München und der BALTECHNICA in Litauen mit organisiert. Ein großer Erfolg war die Reise von 13 Unternehmern unter Leitung unseres Präsidenten zu den mittlerweile X. Brandenburger Wirtschaftstagen nach Minsk. Außerdem haben wir Unternehmen zur „BIG 5 Show“ in Dubai/VAE zur Messe in

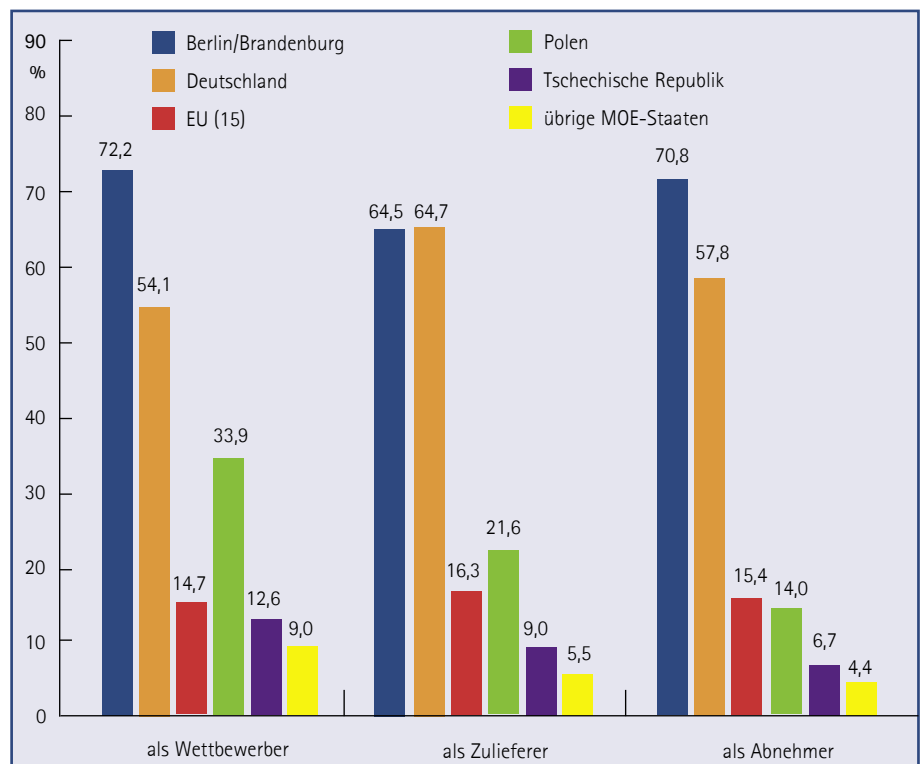
Gorzów begleitet. Auch eine Unternehmerreise nach China und Vietnam haben wir für Unternehmen aus Ostbrandenburg organisiert.

Im Jahr 2006 werden wir diese Bemühungen zur Markterschließung fortsetzen. Gleichzeitig beginnt die IHK damit, die Forderung der Unternehmer nach verstärkter Investorenwerbung aus der Strategiediskussion umzusetzen. Wir werden

das Netzwerk der rund 120 Auslandshandelskammern und Repräsentanzen der deutschen Wirtschaft nutzen, um potenzielle Investoren auf Ostbrandenburg aufmerksam zu machen. Dazu werden wir auch den Imagefilm einsetzen, der gerade nach einer Idee des IHK-Arbeitskreises für Medien und Kommunikation entsteht.

Welche Bedeutung haben Unternehmen aus den folgenden Regionen für die ostbrandenburgische Wirtschaft 2005?

(Antwort: „große“ und „relativ große“ Bedeutung)



Recht & Fair Play

Im Bereich Recht & Fair Play standen 2005 die Beratungen von Unternehmern in den Bereichen Gewerbemiet-, Arbeits- und Handelsvertreterrecht, Forderungen der GEMA und anderer Verwertungsgesellschaften sowie wettbewerbsrechtliche Fragen im Vordergrund der Tätigkeit. Dabei hat sich die Zahl der persönlichen Beratungsgespräche wesentlich erhöht. Waren es im Vergleichszeitraum 2004 155 sind es jetzt bereits 190 umfangreichere, d.h. mit der Durchsicht oder Anfertigung von Schriftverkehr verbundene Gespräche. Das ist eine zweischneidige Entwicklung. Zum einen zeigt es, dass die Unternehmer den Service der IHK gern annehmen und ihn schätzen gelernt haben. Zum anderen zeigt es auch, dass sich die Rechtslage in Deutschland im vergangenen Jahr nicht vereinfacht hat. Wenn die Ent-

wicklung weiter in diese Richtung geht, steht die Frage, wie die IHK den dann zu erwartenden Ansturm an Anfragen bewältigen kann. Ein Grund für die IHK Frankfurt (Oder), sich zukünftig noch stärker für Deregulierung, Entbürokratisierung und vor allem für mehr wirtschaftsfreundliches Verwaltungshandeln einzusetzen.

Besonderen Raum nahm auch die Beratung zu Niederlassungen von Unternehmen mit ausländischer Rechtsform (z.B. Limited) sowie zur Abgrenzung zulassungspflichtiger handwerklicher Tätigkeiten ein. Grund war die in Teilen missverständliche Novellierung der Handwerksordnung und bei der Beratung zu ausländischen Rechtsformen eine weitere Liberalisierung innerhalb des europäischen Binnenmarktes. Hierzu wurden, bei von uns organisierten Veranstaltungen, auch die regionalen Gewerbeämter in einem Vortrag informiert und geschult. In diesem Punkt bestehen nahezu bei allen Rechtsanwendern noch große Unsicherheiten. Auch die Registergerichte handeln hier nicht einheitlich. Die Beteiligung

war, wie im letzten Jahr, sehr groß. Nahezu alle Ämter waren vertreten. Das zeigt uns auch, dass zwischen den Verwaltungen auf den einzelnen Ebenen, etwa zwischen Landes- und Kommunalverwaltung, nur eine sehr spärliche Kommunikation stattfindet. Ein Aspekt, dem sich die IHK in den kommenden Jahren verstärkt widmen wird. Das gute Beispiel der IHK Frankfurt (Oder) macht übrigens

inzwischen Schule. Die IHK Cottbus wird unserem Beispiel folgen.

Weiterhin hat die IHK 2005 begonnen, die öffentlich bestellten und vereidigten Sachverständigen verstärkt zu kontrollieren. Dies passiert in Zusammenarbeit mit allen anderen IHKs in Deutschland. Wir erhöhen die Kontrolldichte, um damit die Einhaltung der benötigten Qualität der Sachverständigen wirksam zu überprüfen. Diese Tätigkeit wird auch 2006 fortgeführt.

Zum vom DIHK ausgerufenen Jahresthema „Standortvorteil Recht“ wurde gemeinsam mit den beiden anderen brandenburgischen IHKs ein vielbeachteter Flyer entwickelt. Inzwischen haben weitere IHKs, so auch die IHK Mittlerer Niederrhein, das Layout komplett übernommen. Mit dem Flyer konnte gezeigt werden, dass Recht in Wirklichkeit kein so trockenes, theoretisches Thema ist, wie es sich vermuten lässt. Die Landesarbeitsgemeinschaft der brandenburgischen IHKs hat diverse Informations- und Diskussionsveranstaltungen zu aktuellen wirtschaftsbezogenen Themen durchgeführt. Themen waren unter anderem Internetrecht und Datenschutz, außergerichtliche Streitbeilegung, Persönlichkeitsschutz und Medienfreiheit, Umweltrecht und Brandenburgische Justiz. Weitere Veranstaltungen sind geplant.

Außerdem wurden die vorhandenen Merkblätter im Rechtsbereich aktualisiert. Im zweiten Halbjahr sind diese in die neue Internetpräsentation der IHK Frankfurt (Oder) eingefügt worden. Zudem wurde nach umfangreichen Recherchen der Gewerbemietpiegel für den Kammerbezirk von 2002 unter Einbindung einer Vielzahl von Vermietern aktualisiert. Hier gab es bereits eine enorme Resonanz.



Finanzen

Haushalt 2005

Die Industrie- und Handelskammer Frankfurt (Oder) ist eine Solidargemeinschaft der regionalen gewerblichen Wirtschaft und wird durch diese finanziert. Die Vollversammlung der IHK hat für das Haushaltsjahr 2005 die Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 8.274.750 Euro beschlossen. Der IHK Frankfurt (Oder) gehören rund 43 000 Mitglieder an.

Beitrag

Der jährlich zu leistende Beitrag setzt sich aus einem Grundbeitrag und ggf. aus einer Umlage zusammen. Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2005 sah folgende Grundbeiträge pro Jahr vor:

Grundbeiträge

Nichtkaufleute (Unternehmen ohne Vollkaufmännischen Geschäftsbetrieb)

Gewerbeertrag/ hilfswise Gewinn	
bis 25.000,00 Euro	50,00 Euro
bis 50.000,00 Euro	100,00 Euro
bis 100.000,00 Euro	300,00 Euro
über 100.000,00 Euro	600,00 Euro

Kaufleute (Unternehmen mit vollkaufmännischem Geschäftsbetrieb)

Gewerbeertrag/ hilfswise Gewinn mit negativem Gewerbeertrag, hilfswise	
Verlust aus Gewerbebetrieb	100,00 Euro
bis 50.000,00 Euro	200,00 Euro
bis 100.000,00 Euro	400,00 Euro
über 100.000,00 Euro	800,00 Euro

Unternehmen mit einem Umsatz

von mindestens 10,00 Mio. Euro	
und unter 20,00 Mio. Euro	2.500,00 Euro
von mindestens 20,00 Mio. Euro	
und unter 40,00 Mio. Euro	5.000,00 Euro
von mindestens 40,00 Mio. Euro	
und unter 80,00 Mio. Euro	10.000,00 Euro
ab 80,00 Mio. Euro	20.000,00 Euro

Der 800,00 Euro übersteigende Anteil dieses Grundbeitrages wird auf die Umlage angerechnet.

Umlage

Neben dem Grundbeitrag wird darüber hinaus eine Umlage erhoben. Der Hebesatz für die Umlage betrug 2005 0,27 Prozent. Bemessungsgrundlage ist auch hier der Gewerbeertrag, hilfswise der Gewinn. Bei der Errechnung der Umlage wird bei natürlichen Personen und Personengesellschaften ein Freibetrag von 15.340 Euro berücksichtigt.

Beitragserslass

Gewerbetreibende, die nicht im Handelsregister oder im Genossenschaftsregister eingetragen sind und deren Gewerbeertrag, hilfswise Gewinn, 5.200 Euro nicht übersteigt, zahlen keinen IHK-Beitrag.

Beitragsbefreiung für Existenzgründer

Von nicht im Handelsregister oder im Genossenschaftsregister eingetragenen natürlichen Personen, die ab dem 1. Januar 2004 ihr Gewerbe angezeigt haben, wird ein Grundbeitrag und eine Umlage in den ersten zwei Jahren nicht erhoben, wenn ihr Gewerbeertrag, hilfswise Gewinn, 25.000 Euro nicht übersteigt. Im dritten und vierten Jahr ist nur der Grundbeitrag zu zahlen.

Komplementär-GmbHs zahlen halben Grundbeitrag

Bei diesen Gesellschaften, die für die Errichtung einer GmbH & Co. KG aus haftungsrechtlichen Aspekten gegründet werden, kann der Grundbeitrag halbiert werden, wenn die Co. KG ebenfalls Mitglied der IHK Frankfurt (Oder) ist. Betroffene Betriebe können bei der IHK einen formlosen Antrag stellen. Von dieser Regelung haben 2005 22 Betriebe profitiert.

Beitrag 2006

Die Grundbeiträge und der Hebesatz für die Umlage (0,27 Prozent) bleiben unverändert.

2006: Umstellung auf das kaufmännische Rechnungswesen

Auf der Grundlage der Beschlüsse der Vollversammlung vom 17. November 2004 und vom 15. Juni 2005 wurde erstmals eine Wirtschaftssatzung mit einem Erfolgs- und Finanzplan für das Wirtschaftsjahr 2006 erstellt. Alle Dokumente wurden von der Vollversammlung am 23. November 2005 verabschiedet. Das Brandenburgische Ministerium für Wirtschaft erteilte den drei Industrie- und Handelskammern des Landes die Genehmigung für die Anwendung des § 110 Landshaushaltsordnung (LHO). Bis zum 30. Juni 2006 ist eine Eröffnungsbilanz unter Beachtung des § 242 des Handelsgesetzbuches und entsprechender Sondervorschrift aufgrund der Richtlinien zur Ausführung des Finanzstatutes aufzustellen. Eine Anlagenbuchhaltung wurde aufgebaut. Das EDV-System wurde mit den Schnittstellen angepasst. Die Kosten- und Leistungsrechnung wurde ebenfalls erweitert. Mit der Einführung des kaufmännischen Rechnungswesens soll die Transparenz der IHK gegenüber ihren Mitgliedern erhöht werden. Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage werden vollständig abgebildet.

Gremienarbeit

Präsidium

Präsident

- Prof. Dr. Johannes Godau,
Trading & Consulting Ingenieurbüro

Vizepräsidenten

- Edda Hegenbarth,
Reisebüro Hegenbarth
- Dr. Thomas Schneider,
Sparkasse Oder-Spree

Präsidium

- Uwe Hoppe,
BIC Frankfurt (Oder)
- Dr. Karsten Koitz,
EuroNorm GmbH
- Dr. Ulrich Müller,
EWE AG
- Ralf Sternkopf,
IFU Dr. Niemeyer GmbH
- Peter Wachalski,
Autoland GmbH

Vollversammlung

- Friedrich Arning,
OBI Heimwerkermarkt GmbH & Co. KG
- Gerd-Wilhelm Aschenbruck,
Thimm Verpackung GmbH & Co
- Siegmund Bäsler,

WDU Dienstleistung GmbH

- Wolfgang Bilitza,
Werbeagentur Bilitza
- Ruth Breitkopf,
TB Automaten Handels GmbH
- Siegfried Erkner,
Autohaus Rüdersdorf Siegfried Erkner
& Sohn GmbH
- Harald Fritzsche,
IBBG Ingenieur-, Bauberatungs- und
Betreuungsgesellschaft mbH
- Claudia Gerberding,
Hotelpension Mühlenseeperle
- Ralf-Otto Gogolinski,
Deutsche Bank AG
- Monika Hauser,
Eiscafé Seeschloß
- Detlef Heinschke,
HSW Handels- und Service GmbH
- Dr. Andreas Hungeling,
PCK Raffinerie GmbH
- Hans-Joachim Karl,
Computer Zentrum Binder & Karl GmbH
- Rainer Kattaneck,
RAD-Haus Kattaneck
- Hans-Jürgen Katzer,
COLORPACK GmbH
- Frank Killermann,
Frank & Dagmar Killermann GbR
- Olaf Klämbt,
C+C Schaper GmbH
- Dietrich Klein,
Stadtparkasse Schwedt
- Hartmut Kohn,
Hotel Zur Alten Oder
- Ingo Krüger,
EKO Stahl GmbH



- Thomas Kühl,
Schlaubetal Druck Kühl OHG
- Dr. Thomas Kühne,
Landplan GmbH (bis 31.12.2005)
- Wolfgang Meletzky, C.E.R.T. GmbH
- Reinhard Miksch,
PRO EMV Labor Strausberg GmbH
- Hans-Georg Reichert,
Greenway Systeme GmbH
- Uwe Richter,
Hanse-Trading Reifenservice GmbH
- Uwe Schmidt,
Sparkasse Uckermark
- Karla Schmook,
Ehm Welk Buchhandlung
- Peter Spangenberg,
Digitaler Druck von Kleinauflagen
- Christine Splinter,
Modehaus Splinter
- Peter Steffen,
Strebedt Hoch- und Ingenieurbau GmbH
- Volker Thews,
Thews & Partner OHG
- Gerhardt Thien,
F.I.S. Food Information Services GmbH
- Uwe Thommes,
Gothaer Versicherungen
- Helga Übel,
Reiersdorfer Draht- und Zaun GmbH
- Christian Würfel,
Holzindustrie Templin GmbH
- Rüdiger Wirthwein,
Rüdersdorfer Zement GmbH (bis 23.11.2005)
- Rainer Wolff,
E.ON edis AG
- Frank Wruck,
Barnimer Busgesellschaft mbH

- Michael Zerkowski,
INMACOM

IHK-Ausschüsse

Berufsbildungsausschuss
Anspruchspartner: Ulrich Lehmann,
Tel. (03 35) 56 21-2 27,
E-Mail: lehmann@ihk-ffo.de

Handelsausschuss
Anspruchspartner: Uta Häusler,
Tel. (03 35) 56 21-2 70,
E-Mail: u.haesler@ihk-ffo.de

**Ausschuss für Mittelstandspolitik und
Infrastruktur**
Anspruchspartner: Klaus Kröpelin,
Tel. (03 35) 56 21-2 40,
E-Mail: kroepelin@ihk-ffo.de

Ausschuss für Steuern und Finanzen
Anspruchspartner: Dr. Knuth Thiel,
Tel. (03 35) 56 21-2 33,
E-Mail: thiel@ihk-ffo.de

Tourismusausschuss
Anspruchspartner: Dr. Thomas Kühne,
Tel. (03 35) 56 21-2 73,
E-Mail: kressin@ihk-ffo.de

Umweltausschuss
Anspruchspartner: Burghard Seibold,
Tel. (03 35) 56 21-1 02,
E-Mail: seibold@ihk-ffo.de

Sachverständigenausschuss
Anspruchspartner: Stefan Heiden,
Tel. (03 35) 56 21-2 76,
E-Mail: heiden@ihk-ffo.de

IHK-Arbeitskreise

IHK-Arbeitskreis Nord
Anspruchspartner: Heiner Fellmer,
Tel. (0 33 34) 25 37 44,
E-Mail: fellmer@ihk-ffo.de

Arbeitskreis Außenwirtschaft
Anspruchspartner: Sabine Anders,
Tel. (03 35) 56 21-2 84,
E-Mail: anders@ihk-ffo.de

Arbeitskreis Medien und Kommunikation
Anspruchspartner: Thilo Kunze,
Tel. (03 35) 56 21-2 36,
E-Mail: kunze@ihk-ffo.de

Arbeitskreis Bodensanierung
Anspruchspartner: Burghard Seibold,
Tel. (03 35) 56 21-1 02,
E-Mail: seibold@ihk-ffo.de

**Arbeitskreis Unternehmenssicherheit
Berlin-Brandenburg**
Anspruchspartner: Dr. Knuth Thiel,
Tel. (03 35) 56 21-2 33,
E-Mail: thiel@ihk-ffo.de



Postfach 13 66 • 15203 Frankfurt (Oder)
Puschkinstraße 12 b • 15236 Frankfurt (Oder)
Tel.: (03 35) 56 21-0 • Fax: (03 35) 56 21-2 54

E-Mail: info@ihk-ffo.de
Internet: www.ihk-ffo.de
Kontakt Mitarbeiter/-in: zuname@ihk-ffo.de

Verwaltung (VW)	
Leiter: Andreas Zintzsch	- 2 52
Datenbearbeitung/Information	
Leiterin: Monique Belitz	-1 26
Fax:	-2 97
<ul style="list-style-type: none"> Firmen- und Handelsregisterbearbeitung erlaubnispflichtige Gewerbe Firmendatenverwaltung Wehrdienstangelegenheiten Registrierungsstelle für die Digitale Signatur 	
Ines Hauffe	-1 28
Dagmar Klingelhöffer	-1 27
Stephanie Pötsch-Krüger	-1 31
Doreen Kusche	-1 31
Bibliothek: Marga Hänschke	-1 19
Informations- und Servicezentrum (ISZ)	
Kontakt: isz@ihk-ffo.de	
Christine Schulz-Wühle	-0
Marion Bohm	-1 21
Marga Hänschke	-1 21
Fax:	-1 22

Ausschüsse	Arbeitskreise
<ul style="list-style-type: none"> Berufsbildungsausschuss Handelsausschuss Ausschuss für Mittelstands-politik und Infrastruktur Ausschuss für Steuern und Finanzen Sachverständigen-ausschuss Tourismusausschuss Umweltausschuss 	<ul style="list-style-type: none"> Arbeitskreis Außenwirtschaft Arbeitskreis Mitte Arbeitskreis Nord Arbeitskreis für Unternehmenssicherheit Berlin/Brandenburg (AKUS) Arbeitskreis Medien und Kommunikation Wirtschaftsjunioren

Controlling Haushalt (CH)	
Leiterin: Christina Guderian	
Sekretariat: Daniela Loos	
Tel.: (03 35) 56 21-2 90	
Fax: (03 35) 56 21-1 08	
E-Mail: guderian@ihk-ffo.de	
<ul style="list-style-type: none"> Gebühren, Kasse, Debitoren-, Kreditorenbuchhaltung 	
Hannelore Schneider	- 2 91
Daniela Loos	- 2 92
Silvia Walter	- 2 93
Michaela Purps	- 2 94
Beitrag	
Martina Fischer	-1 25
Karola Henk	-1 30
Petra Schuckert	-1 32

Vollvers
49 gewählte Unt...
Präsident:
Vizepräsidenten:
Präsidiumsmitglieder:

Hauptgeschäff	
Hauptgeschäftsführer	
Gundolf Schülke	
Sekretariat:	Sonja Rau Ramona Eimler
Tel.: (03 35) 56 21-2 50	
Fax: (03 35) 5 00 20 73	
E-Mail: schuelke@ihk-ffo.de	
Leiter Stabstelle der Geschäftsführung	
Joachim Mai	
Tel.: (03 35) 56 21-1 01	
<ul style="list-style-type: none"> Qualitätsmanagementbeauftragter 	
Assistent der Hauptgeschäftsführung	
Thomas Herrschelmann	
Öffentlichkeitsarbeit	
Thilo Kunze (Pressereferent)	
Jana Gerlach	
Fax:	
<ul style="list-style-type: none"> Redaktion FORUM Pressearbeit, Internet Publikationen (Broschüren, Flyer) 	

Starthilfe & Unternehmensförderung, International, Recht & Fair Play (STIR)
Leiter: Andreas Zintzsch
Sekretariat: Gundula Herner
Tel.: (03 35) 56 21-2 52, Fax: (03 35) 56 21-2 56
E-Mail: zintzsch@ihk-ffo.de
<ul style="list-style-type: none"> Grundsätze und Koordination der Betriebsberatung

Starthilfe & Unternehmensförderung	
Leiterin: Uta Häusler	
Sekretariat: Margitta Seiler	
Tel.: (03 35) 56 21-2 70	
Fax: (03 35) 56 21-2 75	
E-Mail: u.haeusler@ihk-ffo.de	
Petra Löbnitz	-2 71
Günter Reichert	-2 43
Heinz Konzack	-2 57
Dr. Thomas Kühne	-2 73
<ul style="list-style-type: none"> Beratungen für Existenzgründer und Unternehmen Prod. Gewerbe, Handel, Tourismus, Dienstleistung, Verkehr 	

International	
Leiterin: Sabine Anders	
Sekretariat: Heike Bölke	
Tel.: (03 35) 56 21-2 80	
Fax: (03 35) 56 21-2 85	
E-Mail: anders@ihk-ffo.de	
Wolfgang Hass	-2 82
<ul style="list-style-type: none"> Beglaubigung und Bescheinigung von Dokumenten 	
Joachim Tannert	-2 83
<ul style="list-style-type: none"> Unternehmensberatung Messen/Projekte 	

Recht & Fair Play	
Leiter: Stefan Heiden	
Sekretariat: Petra Storm	
Tel.: (03 35) 56 21-2 76	
Fax: (03 35) 56 21-2 75	
E-Mail: heiden@ihk-ffo.de	
<ul style="list-style-type: none"> Allgemeine Rechtsauskünfte Sachverständigenwesen Wettbewerbsrechtl. Einigungsstelle Beitragsrecht IHK-Mitgliedschaft Vertragsgestaltung 	
Rechtsreferendare	-2 79

Stand...
Leiter
Sekret
Tel.: (0
E-Mail
<ul style="list-style-type: none"> Re
Dr. Knuth Thiel
<ul style="list-style-type: none"> Rechts-, Steuer- Sicherheit in der
Annekathrin Kuß
<ul style="list-style-type: none"> Kommunale Bau Sicherheit in der
Robert Radzimanow
<ul style="list-style-type: none"> Konjunkturberic Infrastrukturent Wirtschaftsanaly Statistiken


sammlung	
Unternehmensvertreter	
Prof. Dr. Johannes Godau	
Edda Hegenbarth	
Dr. Thomas Schneider	
Uwe Hoppe	
Dr. Karsten Koitz	
Dr. Ulrich Müller	
Ralf Sternkopf	
Peter Wachalski	

tsführung (HGF)	
(stellv. HGF: Andreas Zintzsch, Leiter STIR)	
	- 2 38
	-2 36
	-3 50
	(03 35) 5 00 20 73

Geschäftsstelle Eberswalde	
Leiter: Heiner Fellmer	
Heegermühler Straße 64 16225 Eberswalde	
Sekretariat: Jeannine Janz Tel.: (0 33 34) 25 37-0 Fax: (0 33 34) 25 37-44 E-Mail: gsebw@ihk-ffo.de	
Betriebsberatung: Dr. Günther Gerloff	-25
<ul style="list-style-type: none"> Förderung und Betreuung der Wirtschaft des Geschäftsstellenbereiches 	

Geschäftsstelle Fürstenwalde	
Rheinheimer Straße 18 b 15517 Fürstenwalde/Spree	
Sekretariat: Madeleine Biller Tel.: (0 33 61) 71 11-40 Fax: (0 33 61) 71 11-50 E-Mail: gsfuewa@ihk-ffo.de	
Ansprechpartnerin vor Ort: Heike Graf	-40
<ul style="list-style-type: none"> Förderung und Betreuung der Wirtschaft des Geschäftsstellenbereiches 	
Ines Lehmann	-42
<ul style="list-style-type: none"> Lotsendienst 	

LeNeOS (LernNetz Oderland-Spree)	
Leiterin: Rita Klein	-1 70
Horst Riedel	(0 33 34) 27 87 74
<ul style="list-style-type: none"> Entwicklung von Bildungsangeboten & Personalentwicklungskonzepten; Bildungsberatung 	

Euro Info Centre (EIC)	
Projektleiterin: Sabine Anders -2 80	
<ul style="list-style-type: none"> Beratung zu EU-Förderinstrumenten Öffentliches Auftragswesen Unternehmensnachfolge (Change) 	
	
Projektmitarbeiter:	
Heike Trusch	-2 87
Frank Kutschke	-2 88

Service Centre Polen (SCP)	
Projektleiter	
Ralf Schulz	-2 78
Projektmitarbeiterin	
Anetta Pätzold	-3 03
Auf- und Ausbau deutsch-polnischer Wirtschaftsbeziehungen durch:	
<ul style="list-style-type: none"> Beratung, insbesondere Rechtsfragen 	

Coaching- und Übersetzungsleistungen für KMU	
Alina Träthner -1 47	
<ul style="list-style-type: none"> Vermittlung von geförderten externen Beratungs- und Übersetzungsleistungen 	

Externes Ausbildungsmanagement (EXAM)	
Projektleiter	
Pedro Braun	-2 31
<ul style="list-style-type: none"> Organisation u. Beratung der Ausbildung im Verbund Bewerbercheck 	
Projektmitarbeiter	
Jeanette Heinrich	-2 14
Ulrich Schneider	(0 33 34) 25 37 -31

Standortpolitik, Innovation Umwelt (SIU)	
Leiter: Klaus Kröpelin	
Sekretariat: Monika Guderian	
Tel.: (03 35) 56 21-2 40, Fax: (03 35) 56 21-2 42	
E-Mail: kroepelin@ihk-ffo.de	
Regionale Wirtschaftsentwicklung, EU- und Landesförderpolitik	

Aus- und Weiterbildung (AW)	
Leiter: Ulrich Lehmann	
Sekretariat: Heike Pursche	
Tel.: (03 35) 56 21-2 26, Fax: (03 35) 56 21-2 13	
E-Mail: lehmann@ihk-ffo.de	
<ul style="list-style-type: none"> Grundsatzfragen Aus- und Weiterbildung 	
Ausbildungsplatzentwicklung	
Christa Kieling	-2 17
Wolfgang Henneske	-2 16
in Eberswalde: (0 33 34) 25 37-	
Marlies Berwing	-30

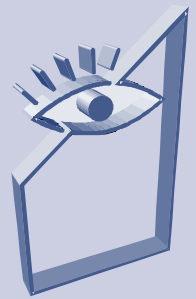
Standortpolitik	
	-2 33
Wirtschafts- und Finanzpolitik	
Wirtschaft (AKUS)	
	-2 34
Leitplanung	
Wirtschaft (AKUS)	
	-2 35
Wachstums- und	
Entwicklungs- und	

Innovation Umwelt	
Burghard Seibold	-1 02
<ul style="list-style-type: none"> Umweltschutz Energiewirtschaft Umweltmanagement Recyclingbörse 	
Jens Jankowsky	-3 00
<ul style="list-style-type: none"> Elektronischer Geschäftsverkehr Innovation Neue Medien Gewerbliche Schutzrechte 	

Ausbildung	
Leiter: Peter Hausting -2 22	
Ausbildungsberater:	
Silke Hartwig	-2 20
Rüdiger Heise	-2 24
Rainer Klauschke	-2 19
Holger Müller	-2 23
Doris Trobitzsch	-2 21
Harald Wende	-2 25
Cornelia Weyer	-2 29
Sachbearbeiter:	
Monika Knobloch	-2 44
Gabriele Schmidt	-2 45
Sina Taufmann	-2 28

Weiterbildung: IHK-Bildungszentrum	
Leiter: Peter-Georg Wölffling	
Sekretariat: Peggy Keuchel	
Tel.: (03 35) 56 21-2 01	
Fax: (03 35) 56 21-2 06	
E-Mail: woelffling@ihk-ffo.de	
<ul style="list-style-type: none"> Organisation, Projektentwicklung 	
Hartmut Schäfer	-2 02
Ilona Schröter	-2 03
Sigrid Bulla	-2 04
Frauke Ewald	-2 10
Silke Horn	-3 06
Simone Zinke	-3 04
Birgit Delph	(0 33 34) 25 37-26

Zukunftspreis



Ostbrandenburg 2006



www.zukunftspreis-ostbrandenburg.de

Geehrt werden Unternehmer, die auch in schwierigen Zeiten Ärmel hochkrepeln und in die Zukunft investieren. Die Gewinner werden ab Januar 2007 wöchentlich ausführlich auf der Wirtschaftsseite der „Märkischen Oderzeitung“ vorgestellt. Daneben erscheinen die Firmenportraits auch in der IHK- Wirtschaftszeitschrift FORUM. Die Preisverleihung findet am 5. Dezember, 17 Uhr im Hotel Esplanade in Bad Saarow statt. Weitere Informationen im Internet unter www.zukunftspreis-ostbrandenburg.de.

„Zukunftspreis Ostbrandenburg“ 2006

Wir bewerben uns im Jahr 2006 um den „Zukunftspreis Ostbrandenburg“.

Firma: _____ Geschäftsführer: _____

Straße/PLZ/Ort: _____

Tel.: _____ Fax: _____ E-Mail: _____ Internet: _____

Kurzbegründung (Stichpunkte): Bitte die ausführliche Begründung (1/2 A4-Seite) auf einem Extrablatt vornehmen.

Datum/Unterschrift _____

Mitmachen bis 19. September 2006

per Fax (03 35) 5 00 20 73

oder via E-Mail: zukunftspreis@ihk-ffo.de